

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Buchhändler und die Anzeigen-Veranstaltungen entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech- und Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise sind in der Anzeiger-Veranstaltung für das Erzgebirge, 20. Jahrgang, Nr. 84, Seite 19, veröffentlicht. — Die Anzeigenpreise sind in der Anzeiger-Veranstaltung für das Erzgebirge, 20. Jahrgang, Nr. 84, Seite 19, veröffentlicht.

Telegramme: Cogeblat Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1909

Nr. 84

Donnerstag, den 9 April 1925

20. Jahrgang

### Aufruf der Demokraten.

Für Marx und die Republik.

Die Demokratische Partei erläßt folgenden Wahlaufruf für Marx:

„Vorstand und Ausschuß der Deutschen Demokratischen Partei haben in übereinstimmenden Beschlüssen gemeinsam mit den beiden anderen Parteien der Weimarer Koalition den Reichspräsidenten a. D. Wilhelm Marx als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl aufgestellt.

Wir danken noch einmal unserem Kandidaten des ersten Wahlganges, dem Staatspräsidenten Heilmann, für den Arbeitskampf und die Ueberzeugungstreue, die er im Wahlkampf trotz schwierigster Umstände beibehalten hat. Wir danken weiterhin Heilmann als gemeinsamen Kandidaten der versöhnungstreuen Parteien herzlich zu sich.

Wir bedauern, daß es nicht zu einer Vereinbarung gekommen ist, der sich alle Parteien, die für die Erhaltung und Fortbildung des heutigen Staatswesens eintreten, anschließen. An Bemühungen, ein solches Abkommen zustande zu bringen, haben wir es vor dem ersten und dem zweiten Wahlgang nicht fehlen lassen. An uns liegt es nicht, wenn diese Bemühungen gescheitert sind. Parteipolitische und persönliche Vorurteile von anderer Seite haben sie verhindert.

Wir waren und sind der Meinung, daß an der höchsten Stelle des Reiches ein Mann stehen muß, der die Erhaltung und Fortbildung der heutigen Staatsform und der Weimarer Reichsverfassung ernsthaft will. Der Reichspräsident darf kein Klassenvertreter sein. Er darf nicht der vorgeschobene Vertreter von Absichten sein, die auf eine Umwandlung des Reiches in eine parlamentarische Republik, auf eine Ausschaltung des Reiches des neuen Staates hinarbeiten. Der Reichspräsident muß ein Mann sein, der das deutsche Volk auf dem schwierigsten und düstersten Wege der Wiedergeburt über äußere Freiheit und Gleichberechtigung ruhig und entschlossen weiterführt. Er muß auch in den noch kommenden außerpolitischen Schwierigkeiten eine klare Führung haben und darf nicht abhängig sein von zwar gut nationalen, aber politisch unruhigen Verbänden, die mehr Temperament als Verstand haben.

Es erwies sich als unmöglich, mit den rechts vom Zentrum stehenden Parteien einen solchen Kandidaten zu gewinnen. Immer wieder erwies sich bei ihnen der Parteigeist und die Klassengefährdung stärker als der Wille, ganz und ausschließlich der Nation und dem Staat zu dienen. So blieb nur die Weimarer Koalition als Grundlage eines Volksblockes. Sie hat durch den unter schwierigsten Verhältnissen geführten Wiederaufbau Deutschlands eine nun sechsjährige Gemeinschaftsarbeit geleistet, die der Wiedererhebung und Freimachung einer geeinigten deutschen Nation den Weg bahnt.

Ohne den Verzicht auf viele eigene Wünsche und Hoffnungen im Interesse des Reiches und der Weltarbeit ist eine Einigung nicht möglich.

Der gemeinsame Kandidat, Reichkanzler a. D. Wilhelm Marx, entspricht in vollem Umfang den oben dargelegten Eigenschaften, die ein Reichspräsident in den kommenden sieben Jahren entwickeln muß. Marx hat seiner Zeit als Reichkanzler gezeigt, daß er den Weg zu einer neuen deutschen Zukunft klar erkennt. Er hat sich im Inlande und im Auslande das Vertrauen

und die Autorität erworben, die zum Wiederaufstieg des Reiches und der Wirtschaft unentbehrlich sind. Teile unserer Anhängererschaft stehen, wie wir wissen, der Wahl eines Zentrumsmannes zum Reichspräsidenten nicht ohne ernste Bedenken gegenüber. Sie berühren, sein Einfluß könne zugunsten einer antiliberalen Kulturpolitik ausgenutzt werden. Nach reiflicher Ermägung stellen unsere Parteinstanzen diese Bedenken nicht für ausschlaggebend.

Wir kennen Marx aus jahrelanger gemeinsamer politischer Arbeit. Wir wissen: Wie der verstorbene Friedrich Ebert als Reichspräsident kein sozialistischer Parteipolitiker gewesen ist, so wird Marx als Präsident kein Zentrumspolitiker, sondern ein Führer des gesamten Volkes sein. Die Kulturfragen liegen mit ihrem Schwerpunkt nicht in Reich, sondern in den Ländern. Die Rechte hat sich schon im August 1924 bereit erklärt, Marx das Amt des preussischen Ministerpräsidenten zu geben, ein Amt, von dem aus ein viel stärkerer Einfluß auf die Kulturpolitik des größten deutschen Landes ausgeübt werden konnte, als von der Reichspräsidentenschaft aus.

In seiner ersten Rundgebung nach der Aufstellung hat Marx eine unumwundene Erklärung folgenden Wortlautes abgegeben: „Mein ganzes Leben hindurch habe ich mich um die Wahrung und Pflege der hohen Güter christlicher und deutscher Kultur bemüht. Gerade in dieser Arbeit wuchs in mir die Erkenntnis, wie reich und vielfältig das kulturelle Leben unseres Volkes ist, wie aus den tiefsten Schichten der Ueberlieferung gequollenes, neues Leben treibt, wie sehr je mehr diese Ueberzeugung Achtung verdient, und daß ein ruhiges Zusammenleben nur verbürgt werden kann, wenn der Staat die Bewahrung, Pflege seiner Bürger gewährleistet, und wenn das Volksleben von gegenseitiger Mutualität und Zusammenhalt erfüllt ist.“

Wir wissen, daß wir in kulturpolitischen Fragen andere Ueberzeugungen haben als Marx und seine Partei.

Dieser Gegensatz wird auch weiter bestehen. Wir werden weiter in Kulturfragen einen freien und unterschiedenen Liberalismus vertreten. Aber wir wollen keinen Kulturkampf, keine Unterdrückung unserer tatsächlichen Mitbürger, keine Herabsetzung der nationalen Ueberzeugungstreue derjenigen, die kulturpolitisch anders stehen. Auch haben wir als liberale Kulturpolitiker kein Interesse daran, das Zentrum in die Bundesgenossenschaft der kulturellen Reaktionen von rechts zu treiben. Nichts wäre für jeden Liberalen Gedanken gefährlicher als ein solches Bündnis.

So fordern wir unsere Anhänger auf, ehrlich und offen für den Kandidaten des Volksblocks, Herrn Reichkanzler a. D. Marx, zu arbeiten. Seine Wahl sichert den neuen Staat, sichert die allmähliche Wiedergewinnung der deutschen Freiheit nach außen, sichert den Wiederaufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft, die das Volk ernähren und ihm den gerechten Anteil an den Lebensgütern verschaffen kann, auf den es nach seinen Leistungen mit Recht Anspruch erhebt.“

Die Deutsche Demokratische Partei.  
Roch. Erkelenz. Bäumer. Sieber. Fischer.

### Hindenburg Kandidat des Reichsblocks.

In der gestrigen Sitzung des Parteivorstandes der Deutschnationalen Volkspartei wurde beschlossen, für eine Kandidatur Hindenburgs einzutreten. Großadmiral v. Tirpitz ist nach Hannover gereist.

Der Abteil-Ausschuß teilt um Mitternacht mit, dem Reichsblock sei ein Telegramm Hindenburgs, in welchem dieser es ablehne zu kandidieren und die Kandidatur Jarres empfehle, nicht bekannt. Dieser sei dem Reichsblock noch keine offizielle Mitteilung einer Ablehnung durch Hindenburg zugegangen. Der Reichsblock habe vielmehr ein Telegramm aus Hannover erhalten, daß sich Hindenburg seine Entscheidung bis Mittwoch vorbehalten habe, um in vollem Einverständnis mit dem Reichsblock eine Entscheidung über die Kandidatur zu treffen.

Der Landesauschuß der Bayerischen Volkspartei empfiehlt den Angehörigen der Bayerischen Volkspartei, die Kandidatur Hindenburgs zu unterstützen. Sollte aber diese Kandidatur nicht zustandekommen, so wird den Wählern der Bayerischen Volkspartei die Abstimmung für die Reichspräsidentenwahl freigegeben.

Berlin, 8. April. Wie der Nachrichtenendienst deutscher Zeitungsverleger erfährt, hat der Reichsblock den Generalfeldmarschall von Hindenburg als Kandidat aufgestellt. Hindenburg hat die Kandidatur angenommen.

### Kleine politische Meldungen.

Berlin, 8. April. Wie die Blätter aus Wien melden, endigte eine vor dem Rathaus veranstaltete Erwerbslosenversammlung mit Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei. 33 Personen sollen verhaftet und 20 Polizeibeamte verletzt worden sein.

Hannover, 7. April. Im Laufe des heutigen Tages wurden 5 Leichen von den in der Weser ertrunkenen Reichswehrsoldaten geborgen. Die Gesamtzahl der bis jetzt geborgenen Leichen beträgt 49.

Brüssel, 7. April. Die parlamentarische Lage in der neugewählten Kammer ist folgende: Katholiken 78, Sozialisten 77, Liberale 24, Frontpartei 5, Kommunisten 2, Daens-Partei 1, insgesamt 187.

Neuer Anschlag der bulgarischen Kommunisten. Kommunistische Verschwörer versuchten in der Nacht des Munitionslagers des 4. Artillerieregiments in die Luft zu sprengen. Der Posten wurde schwer verletzt. Zwei verdächtige Personen wurden verhaftet.

### Wer ist der beste Reichspräsident?

Die aus der Deutschen Volkspartei ausgeschiedene Frau v. Oheimb tritt nach wie vor für eine gemeinsame überparteiliche Kandidatur ein und erläßt folgenden Aufruf:

#### Die Aufgabe des Reichspräsidenten.

Die Stellung des Reichspräsidenten ist völlig einzigartig im parlamentarischen Staat. Sie ist das Gegenstück und die notwendige Ergänzung zu allen parlamentarischen Beamten.

Jedes parlamentarische Amt wird gewissermaßen nur auf Widerruf ausgeübt. Eine Veränderung der Mehrheitsverhältnisse im Parlament, ein Mißtrauensvotum für die Regierung — und das parlamentarische Amt erhält einen anderen Träger. Anders das Reichspräsidentenamt. Es wird auf sieben Jahre fest versetzt und ist für diese Zeitdauer unabhängig vom Wandel der Regierungen und der Parteien. So ist der Reichspräsident verfassungsmäßig der einzige ruhende Pol im parlamentarischen Staatsgetriebe. Seine Aufgabe ist, dafür zu sorgen, daß die Politik in allem Wechsel der Parteien den festen Kurs einhält, der das Volk vorwärts und aufwärts führt. Ohne Reichspräsidenten wäre der Staat ein Schiff ohne Kapitän, das von den wechselnden Parlamentariern und Ministern bald in diese, bald in jene Richtung gefeuert würde. Darum ist der Reichspräsident ein absolut unentbehrliches Organ des Staates.

#### Reichspräsident und Parteien.

Für die Wahl der Abgeordneten und Minister sind die Parteien und Parteiorganisationen da. Das ist ihre gegebene Aufgabe. Taugen ist es nur ein Notbehelf und zwar ein recht schlechter, wenn die Parteiorganisation auch die Person des Reichspräsidenten bestimmt. Denn das Reichspräsidentenamt ist ganz anderer Natur als die parlamentarischen Ämter, ist das Korrektiv dazu, bestimmt, den im Partei-parlamentarismus liegenden Mangel: Abhängigkeit von allen Schwankungen der Mehrheiten zu beseitigen. Es ist beinahe widersinnig, daß die Parteien ihren eigenen Aufsichtsbearbeiter wählen sollen.

#### Reichspräsident und Presse.

Deshalb muß noch eine zweite Organisation da sein neben der Parteiorganisation, die die Wahl des obersten, über alles rein Parteimäßige gestellten Beamten des Reiches in die Hand nimmt und Sorge trägt, daß zum Präsidenten ein von der Parteiorganisation unabhängiger Mann gewählt wird. Das einzige solche Organ, das neben den Parteiorganisationen überhaupt vorhanden ist, ist die Presse. Sie ist die Stelle, die die politischen Geschehnisse und Meinungen unmittelbar in das Volk hineinträgt, in die Wählerchaft, die sich ihren Reichspräsidenten wählen soll. Sie ist auch die Stelle, die unmittelbar aus dem Volke die Wünsche und Meinungen des Volkes aufnimmt.

Die Parteien und Parteiorganisationen haben sich die Presse dienlich zu machen gesucht, weil sie ein unentbehrliches Instrument auch für den parlamentarischen, den Parteikampf ist. Aber bei der Präsidentenwahl handelt es sich nicht um eine Parteiangelegenheit und nicht um parlamentarische Parteiziele sondern um eine grundsätzlich ganz andere, durch die feste Amtsdauer und durch den Zweck des Präsidentenamtes über den Partei-parlamentarismus herausgehobene, unmittelbare Volksentscheidung! Wer soll diese unmittelbare, als Korrektiv gegen die Parteimandelbarkeit dienende Volksentscheidung herbeiführen, wenn nicht die Presse?

Voraussetzung dafür, daß die Presse diese Aufgabe erfüllt, ist allerdings, daß sie sich in dieser überparteilichen, unparteilichen Frage von den Parteien unabhängig hält, daß sie die ja oft betonte Freiheit der Presse in diesem wichtigsten Anwendungsfall für ihre Parteilichkeit auch wirklich bewahrt. Es ist Ehrensache der Presse und ihre höchste Pflicht gegenüber der nur für die rein parlamentarischen Zwecke in Parteien gegliederten und in jeder übrigen Hinsicht eine ungeteilte, unteilbar miteinander verwachsene Einheit bildenden deutschen Nation.

Wenn die Parteiorganisationen versuchen, auch die ganz außerhalb ihrer eigentlichen Aufgabe liegende Aufgabe der Reichspräsidentenwahlkandidaten und die Wahl-agitation in die Hand zu nehmen, so hat, falls dabei der überparteiliche, den Partei-parlamentarismus ergänzende und korrigierende Charakter des Reichspräsidentenamtes nicht gewahrt wird, die Presse sich auf ihre einzigartige, höchste Aufgabe zu besinnen und unabhängig von Partei-parlamentarismus mit ganzer Kraft dahin zu wirken, daß durch eine freie Wahlentscheidung der Sinn des Reichspräsidentenamtes gewahrt bleibt, daß das Staatsschiff einen Kapitän bekommt, der über allen